

Deutschland.

Berlin, 26. April. Gegenüber den vielfach
vermutheten und verworrenen Nachrichten über
die Umgestaltung der Schloßfreiheit möchte es sich
empfehlen, einmal das Wahre vom Falschen zu
sondiren und die Denkmalfrage und ebenso die
vielfachprobierte neue Lotterielage einzeln zu behandeln.

Wit Bezug hierauf geht es von autoritativ-
ver Seite nachfolgende Darstellung zu, die wir
in allen Einzelheiten durchaus zu vertreten in der
Lage sind.

Richtig ist, daß man behufs Niederlegung
der Gebäude zwischen Kurfürstenbrücke und
Breitenstraße die Idee einer Lotterie mit erwogen
hat. Doch ist es nicht ausgeschlossen, die Mittel
auch auf andere Weise zu beschaffen. Ein be-
stimmter Entschluß ist noch nicht gefaßt.

Etwas anderes ist es um die Errichtung des
Nationaldenkmals. Hierbei ist von einer Lotterie
zur Bestreitung der Kosten niemals die Rede ge-
wesen. Der Reichstag beschloß am 2. Juni
1890, Seiner Majestät die Entscheidung anheim-
zugeben 1. über den Platz des Denkmals, 2.
über seine Gestaltung und 3. über die Art, in
welcher ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben sei.

Der Bundesrath ist diesem Entschlusse beigetreten.
Damit hat die deutsche Nation die Denkmalsan-
gelegenheit vertrauensvoll in die Hände des
Kaisers gelegt. Seiner Initiative wird es sicher
gelingen, etwas Großes zu schaffen. Der Kaiser
wählte für die Errichtung des Nationaldenkmals
den Platz an der Schloßfreiheit. Für die Wahl
gerade dieses Platzes spricht wohl allein schon
der Gedanke, daß die Stelle vor dem Triumph-
thor seines Berliner Abendschlusses für ein Mo-
nument des ruhmreichen ersten deutschen Kaisers
aus hochglanzvoller Fülle kaum würdiger gedacht
werden kann.

Da jedoch nach Niederlegung der Gebäude
an der Schloßfreiheit nur ein schmaler Ufer-
streifen gewonnen wird, so ist es freilich not-
wendig, durch Erweiterung desselben einen freien
Platz zu schaffen, der nicht allein zu dem Denk-
mal, sondern auch zu der Hauptfront des Schloßes
in richtigem Verhältnis steht. Begleite der
Spreearm seine jetzige westliche Begrenzung, so
würde vor dem Denkmalplatz eine höchst dürftig
wirkende, bedeutende Verengung, des Wasser-
laufes entstehen, während man denselben gerade
hier am breitesten wünschte. Aus diesem Grunde,
und weil die Ase des Götterbergs Portals in
sehr ungeschöner Weise die nahe Banadademie
trifft, muß, soll etwas wirklich Großartiges ge-
schaffen werden, diese letztere fallen. Die
„Deutsche Zeitung“ von 1889 Nr. 76 sagt
darüber: „Die Platzfrage gegen Schloßfreiheit
mit einem solchen Schicksal des seiner ursprüng-
lichen Bestimmung für immer entzogenen, im
Inneren eingestrichen verändert und durch seine
Freilegung nicht verschönten Hauses gewiß ver-
schonen, wenn sein Fassadenmaterial dazu benutzt
würde, um an anderer Stelle ein Gebäude in
gleicher Architektur, aber in anderer Grundform
zu errichten.“

Ist aber einmal die Banadademie entfernt,
so empfiehlt es sich, dem Spreearm seine alte
Breite wiederzugeben, die es Jahrhunderte hin-
durch einnahm, das heißt bis zu den äußeren am
Schloßplatz zu erweitern und nur eine Ufer-
straße an derselben entlang zu führen. Eine
solche notwendige Verbreiterung, des Wasser-
spiegels würde nicht allein die Poesie des Schloß-
bildes mit dem Denkmal davor außerordentlich
steigern, sondern gewährt auch die Möglichkeit,
den neu zu schaffenden Platz bis auf etwa 90
Meter Tiefe auszubauen, wobei der Wasserarm
(Schloßbrückenlänge) breit bliebe. Erst so wird
der Platz der Hauptfront des Schloßes ent-
sprechend. Während jetzt die ehemalige Ban-
adademie sich dem Schloß auf 100 Meter
nähert, trifft die Ase des Portals dann erst in
etwa 300 Meter Entfernung das Gehäus der
Werber- und Oberwallstraße.

Bei einer solchen Anordnung darf das
Neuerbild selbstverständlich nur nach Westen
sehen, denn blicke es nach dem Triumphbogen,
so wäre seine Rückseite bedeckt und die Haupt-
ansicht läge stets im Schatten. (Das Schloß ist
30 Meter hoch, die Kuppel 65.)

Der Bedeutung des Monuments entsprechend
wäre eine Verbindung des neu geschaffenen Platzes
mit dem gegenüberliegenden Ufer durch eine
Brücke. Am natürlichsten läge dieselbe in der
Verlängerung der Linde, welche das Schloßportal
mit dem Ständebild verbindet. Eine solche Über-
führung trifft auf die Mitte des Werberischen
Marktes und würde eine Ableitung des Verkehrs
über die Schloßbrücke sein.

Der Anblick des leuchtenden Denkmals vor
dem Triumphbogen, die mächtige Kuppel darüber
und im Vordergrund die monumentale Brücke,
wäre imponierend und höchst eigenartig.

Der vor Kurzem angelegte Götter-
berg weichen Gleichstellung der städtischen Lehrer
mit denjenigen an den staatlichen höheren Lehr-
anstalten wird dem Abgeordnetenhaus in den
nächsten Tagen zugehen. Die Vorlage sieht
sich, wie es heißt, eng an die vom Abgeordneten-
haus 1888 angenommene „Verordnung“ an.
Der Vorschlag wegen der Gleichstellung basiert
auf dem jetzigen Normalstatut für die Lehrer an
den höheren staatlichen Lehranstalten; er spricht
aber nicht aus, daß diese Gleichstellung gleichen
Schritt halten muß für den Fall, daß in Bezug
auf die Stellung u. s. f. der staatlichen Lehrer
eine Aenderung eintritt. Für die Verwirklichung
der Gleichstellung der städtischen Anstalten wird
kein näher Termin angesetzt werden. Da die
Frage mitten in das Rechnungsjahr fällt, so
würde man vielen Kommunen durch eine kurz be-
messene Frist nicht geringe Verlegenheit bereiten.
Daraus ergibt sich, daß die Verbesserung in der
Stellung der höheren städtischen Lehrer auch
erst im nächsten Rechnungsjahr sich vollziehen
würde.

Die Anschauungen des neuen Kultusmi-
nisters Dr. Hoffe finden sich vielfach in der Mo-
natschrift für deutsche Beamte ausgesprochen,
welche Herr Hoffe früher herausgab. So äußerte
er sich dort über das öffentliche Leben der Gegen-
wart folgendermaßen:

„Der Zug der neueren Zeit, und wir dürfen
hinzufragen, der berechtigte Zug derselben, geht
auf die Vereinfachung der Verordnungen ein-
zelner Klassen im Staat und der Gesellschaft,
auf die Vereinfachung der politischen, rechtlichen
aller Staatsangehörigen, auf volle Gleichstellung
der früher unterworfenen Klassen mit den

bevorzugten. Soweit es sich um den
Staat, um politische Rechte der Einzelnen han-
delt, ist dieser Prozeß zu einem gewissen Ab-
schluß gelangt. Es gibt keine politischen Vor-
rechte mehr, alle Staatsangehörigen sind vor dem
Gesetze gleich, die Verwaltung ist rechtlich abge-
schlossen. Gesellschaftlich hat unsere Entwickelung,
obwohl im Ganzen und Großen der gleichen
Tendenz folgend, mit der staatlich vollzogenen
Ausgleichung der früheren Unterschiede und Ge-
genstände nicht gleichen Schritt gehalten. Wer
tief über diese Dinge nachdenkt, kann leicht zu
Ergebnissen gelangen, die der Anschauung von
einem stetigen, in großen Zügen sich vollziehenden
Fortschreiten in der Entwicklung der Menschheit
zu widersprechen scheinen. Wir sind gleich-
wohl der festen Ansicht, daß in der Gesamtent-
wicklung — wenn auch häufig erst nach wellen-
förmigen Vor- und Rückwärtsbewegungen —
schließlich doch ein gewaltiger Fortschritt zur
besseren und vollkommeneren Gestaltung un-
vermeidbar ist. Gottes Wille in der Geschichte ist
sein leeres Wagnis.“

Gegen das Fremdwörter-Unwesen und be-
sonders auch gegen die Tittelsucht hat Minister
Hoffe entschieden Stellung genommen:

„Die Person tritt in den Vordergrund, der
Titel tritt zurück. Bei Wahlen war das Gleiche
auch in der Anrede längst üblich. Warum soll
man nicht auch Bürgerliche mit ihrem guten Na-
men anreden?“

Die aktive preussische Armee zählte am
8. April d. J. der „Milit.-Ztg.“ zufolge 7 Gene-
ral-Feldmarschälle bezw. General-Deserten, 58
Generale, 32 Generalleutenants, 141 General-
majors, 316 Obersten, 485 Oberleutenants,
1541 Majors, 3540 Hauptleute bezw. Rittmeister,
3038 Premierleutenants und 6269 Sekon-
därlieutenants, im Ganzen also 15,477 Offiziere.

In der bayerischen Armee waren vorhanden 11
Generale, 12 Generalleutenants, 33 General-
majors, 54 Obersten, 85 Oberleutenants, 221
Majors, 526 Hauptleute bezw. Rittmeister, 523
Premierleutenants und 917 Sekonleutenants,
im Ganzen 2382 Offiziere. Im sächsischen Ar-
meekorps wurden gezählt 1 General-Feldmarschall,
3 Generale, 7 Generalleutenants, 8 General-
majors, 34 Obersten, 51 Oberleutenants, 88
Majors, 297 Hauptleute bezw. Rittmeister, 251
Premierleutenants und 482 Sekonleutenants,
im Ganzen also 1222 Offiziere. Endlich das
württembergische Armeekorps hatte 5 Generale, 7
Generalleutenants, 12 Generalmajors, 30 Obersten,
27 Oberleutenants, 90 Majors, 197 Haupt-
leute bezw. Rittmeister, 173 Premierleutenants,
308 Sekonleutenants, im Ganzen 849 Offiziere.
Der Friedensstand des Offizierskorps des deutschen
Heeres war somit am 8. April d. J. folgender:
8 General-Feldmarschälle bezw. General-Obersten,
77 Generale, 108 Generalleutenants, 194 General-
majors, 434 Obersten, 648 Oberleutenants,
1940 Majors, 4560 Hauptleute bezw. Ritt-
meister, 3985 Premierleutenants und 7976
Sekonleutenants, im Ganzen also 19,930 Of-
fiziere.

Einseitlich der Erwerbung der wissen-
schaftlichen Befähigung für den einjährig-frei-
willigen Militärdienst hat das rheinische Provin-
zial-Schulcollegium, der „Köln. Ztg.“ zufolge, da-
hin entschieden, die Erwerbung sei auch in Zu-
kunft im Herbsttermin nicht als ausgeschlossen zu
betrachten; nachdem jedoch die neuen Lehrpläne
und die neue Prüfungsordnung maßgebend ge-
worden, könne dieselbe zu dieser Zeit nur durch
eine besondere Prüfung erfolgen.

Der Rückgang, welcher sich seit einiger
Zeit in unseren Erwerbsverhältnissen bemerkbar
macht, hat auch dazu geführt, daß Arbeiterent-
lassungen vorgenommen werden mußten und da-
durch die Zahl der beschäftigungslos gewordenen
Arbeiter verhältnismäßig größer ist, als in den
Vorjahren. Inzwischen zeigt sich diese Erscheinung
nicht bloß in Deutschland. Auch England ist da-
von betroffen. Nach einer von amtlicher Seite
alljährlich nach den Berichten der Trade-Unions
dort aufgestellten Statistik betrug die Zahl der
unbeschäftigten gelernter Arbeiter Englands im
April 1890: 1,7 Prozent, im April 1891: 2,8
Prozent, dagegen im März 1892: 5,66 Prozent
und im April 1892 gar 5,7 Prozent.

Nachdem Rudolf Meyer mit seinem von den
„Hilf. pol. Blättern“ veröffentlichten Artikel
gegen die Getreidezölle einen Sturm der Ent-
stimmung im ganzen ultramontanen Lager entfacht
hatte, hat er für weitere Arbeiten, die der
Redaktion der „Hilf. pol. Bl.“ bereits eingereicht
waren, Unterbruch in der sozialdemokratischen
„Neuen Zeit“ suchen müssen. In den beiden
letzten Nummern dieser Wochenschrift veröffentlicht
er zwei Artikel, welche die in der letzten Zeit auch
in der konservativen Presse vielfach behandelten
Fragen der Errichtung von Getreideelevatoren und
der Verstaatlichung des Getreidehandels zum
Gegenstand haben. Von dem letzten, zuerst im
„Deutschen Wochenblatt“ gemachten Vorschlage ist
es bald ruhig geworden. Auch in agrarischen
Kreisen scheint man sich bald bewußt geworden zu
sein, daß die Verstaatlichung des Getreidehandels
notwendig zur Verstaatlichung von Grund und
Boden führen müsse; und die Erinnerung
Meyers an die Geschichte der Korrekte in
Frankreich im vorigen Jahrhundert und an den
Getreidehandel Friedrichs des Großen hat daher
nur ein historisches Interesse. Die Bewegung
zu Gunsten der Errichtung von Getreideelevatoren,
an deren Spitze sich Herr von Graf-Klein ge-
stellt, nimmt dagegen ihren Fortgang. Es ist be-
greiflich, daß Meyer der Bewegung an sich
keinen Vorwurf macht. In seinem Werke über die
Fragen der amerikanischen Konkurrenz hat er die
hohe Bedeutung der Elevatoren für die Kon-
sumwirtschaft eingehend nachgewiesen. Dagegen
wendet auch er sich gegen die für unser Agrar-
thum wieder bezeichnende Forderung der Staats-
bälke bei der Errichtung der Elevatoren.

Die Pariser Ausgabe des „Newport
Herald“ veröffentlicht einen Bericht über eine
Unterredung, die der Korrespondent des Blattes
mit August Bebel über die sozialdemokratische
Bewegung in Deutschland geführt hat. Bebel
hat sich danach in folgender Weise geäußert:
„Wir an parlamentarische Erfolge glauben?
Ja, natürlich. Es sind die besten, die uns
gegenwärtig zur Verfügung stehen, wir wissen,
daß sie von unermesslichem Nutzen für unsere
Propaganda sind, obgleich sie uns nicht zu gro-
ßen unmittelbaren Erfolgen führen dürften.
Durch Rede und Schrift verbreiten wir unsere
Ideen, nicht durch Gewalt. Sie fragen, auf wie
viele Sozialdemokraten wir rechnen können? Das

ist nicht leicht zu sagen. Sie sehen, daß die Re-
gierung uns nicht gestattet, unsere Tätigkeit zu
zentralisieren. Wir sind über das ganze Land in
kleinen Gruppen verstreut; wir haben Fachver-
eine und dergleichen, aber wir können sie nicht
in eine einzige Organisation zusammenfassen.
Die Wahlen sind der beste Prüfstein unserer
Stärke. Bei den letzten Reichstagswahlen brach-
ten wir mehr als 1,400,000 Stimmen auf. Bei
den nächst bevorstehenden Wahlen werden wir
volle 2,000,000 aufbringen. Binnen 10 Jahren
können wir zwar keine parlamentarische Majori-
tät, aber doch die Mehrheit der Wahlstimmen
gewinnen. Und dann, fragen Sie, was wir dann
machen werden? Nun, auch das ist keine leichte
Frage. Unser Verfahren würde von den Um-
ständen abhängen. Eine Revolution ist in der
nächsten Zukunft in Deutschland unmöglich. Das
Bürgerthum stellt sich entschieden jeder Revolu-
tion entgegen. Wenn sie aber kommt, wird sie
eine grüne Leinwand sein, wie es natürlich ist, da un-
ser Ideal die Republik ist. Unsere Ziele gehen
auf das Allgemeine; um einzelne Personen küm-
mern wir uns nicht. Mit einzelnen Kapitalisten
führen wir keinen Krieg, es sei denn, daß sie mit
einzelnen Arbeitern Krieg angefangen haben.
Unser Wunsch geht auf eine Veränderung des
gesellschaftlichen Zustandes der Welt, auf eine
Neuorganisation der Gesellschaft auf besserer
rechtlicher Grundlage. Wenn wir unsere ideale
Republik bekommen, werden wir ohne Zweifel
damit beginnen, mit den vorhandenen sozialen
Zuständen tabula rasa zu machen. Sie tren-
nen sich, wenn Sie glauben, daß diese Gedanken auf
sich selbst und die anderen Führer der sozial-
demokratischen Bewegung beschränkt sind. Die
arbeitende Klasse durchweg versteht und theilt sie.
Wohin wir führen, folgen sie uns. Wir glauben,
daß es durch allgemeine Uebereinstimmung mög-
lich ist, die Arbeit zu reguliren und die Ursachen
des Elends zu beseitigen, welches wir überall
erblicken. Unter dem gegenwärtigen System kön-
nen wir auf keine großen Reformen hoffen.
Wenn der Kaiser wünschen sollte, große Verän-
derungen zu treffen, so würde das Bürgerthum
es nicht gestatten. Selbst Kaiser sind nicht Herren
ihres freien Willens.“

Stettin, 26. April. (W. T. Z.) Der
Kaiser ist heute über Jülich nach Schwerin ab-
gereist.

Görlitz, 26. April. Das hiesige Schwur-
gericht sprach im Wiederanfrageverfahren den
Bauerngutbesitzer Hermann Pfeiffer aus Wend-
isch-Büßow frei. Derselbe war am 29. April
1890 durch Schwurgerichtserkenntnis zu drei-
jährigem Zuchthaus verurtheilt und hatte bereits
unschuldig sieben Monate von dieser Strafe
verbüßt.

Niel, 26. April. Die Mitglieder der deut-
schen Grönland-Expedition: Dr. B. Drögalski,
der Zoologe Dr. Mannhöffen und der Botaniker
Dr. Stadel sind hier eingetroffen und nach Kö-
penhagen weiter gereist. Die Expedition wird
bestehend aus Köpen, der geographischen Gesell-
schaft zu Berlin ausgerüstet und hat den Haupt-
zweck, wissenschaftliche Untersuchungen des grö-
nländischen Inlandsees vorzunehmen. Dr. Mann-
höffen hat im vorliegenden Winter hier in Kiel
norrische Sprachen studirt. Die Mitglieder der
Expedition werden in Kopenhagen die letzten Vor-
bereitungen für die Reise treffen, die dortigen
Museen in Augenschein nehmen u. s. w. und sich
dann am 20. Mai an Bord des von der „könig-
lichen grönländischen Gesellschaft“ gehörigen Segel-
schiffes „Peru“ einschiffen. Das nächste Ziel
der Reise ist die Umanak-Förde an der West-
küste von Grönland, wo die Expedition sich ein
Jahr aufhalten und ein meteorologisches Ob-
servatorium errichten wird.

Nordenham, 26. April. Prinz Heinrich
von Preußen traf auf dem Kriegsschiffe
„Deinow“, dessen Kommandant er bekanntlich
ist, hier ein und wohnte der Abfahrt des dem
Norddeutschen Lloyd gehörigen Schnelldampfers
„Rahn“ nach New York bei. Nach einem zwei-
stündigen Aufenthalt dampfte der „Deinow“
wieder nach Wilhelmshafen ab.

Roskov, 26. April. Bei Mäß umweil
Wismar wurde heute ein Boot mit zwei männ-
lichen Leuten an den Strand getrieben. Eine
der Leuten ist mit Marine-Uniformen be-
kleidet, auf die der Name Brodman eingedruckt
ist. Aufsteigend sind beide Personen am Hunger
gestorben.

Karlshagen, 26. April. (W. T. Z.) Die
Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und Festlich-
keiten zur Feier des 1. Mai ist für das Groß-
herzogthum Baden verboten worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. April. (W. T. Z.) Abge-
ordnetenhaus. Die Abgeordneten Masaryk und
Jacek brachten zwei Interpellationen über das
Verbot der Comeniusfeier ein. Der Abgeordnete
Pernerstorfer richtete an den Ministerpräsidenten
die Anfrage, ob er geneigt sei, den Statthalter
von Oesterreich wegen des Verbotes des sozial-
demokratischen Parteitag in Wien zur Rech-
enschaft zu ziehen.

Wien, 26. April. (W. T. Z.) Die jung-
rechtlichen Abgeordneten wollen im Abgeordneten-
haus beantragen, den Justizminister wegen Ver-
letzung des Gesetzes vom 11. Juni 1868, began-
gen durch die Ministerialverordnung betreffend
die Errichtung eines Bezirksgerichts in Weidels-
dorf, in Anklagezustand zu versetzen. Zur ge-
schäftsordnungsmäßigen Einbringung des An-
trages im Abgeordnetenhaus sind 40 Unterscri-
ben notwendig, während die Zuzugewandten nur
über 35 verfügen.

Schweiz.

Bern, 26. April. Wie der „Bund“ mel-
det, wurde heute in Genf an die Wohnung eines
gewissen Noll, Epenerstraße 39, ein anarchistisches
Plakat angeschlagen, unterschrieben „ein Nach-
folger Ravachols“; im Plakat wird Noll benach-
tigt, daß er am 1. Mai sterben werde. Die
Polizei hat das Plakat sofort entfernt. Zufolge
meiner Ermittlungen sind von sämtlichen in
der Schweiz wohnenden Anarchisten diejenigen
italienischer Zunge am rührigsten. Im Hinblick
hierauf hat die Tessiner Regierung dem tessi-
schen Arbeiterverein „Figli del lavoro“ in Chiasso
verboten, zu seiner am 1. Mai stattfindenden
Festnahme die Arbeitervereine der italienischen
Nachbargemeinden einzuladen.

Belgien.

Brüssel, 26. April. (W. T. Z.) Die

Kammer begann heute die Berathung der Ver-
fassungsentwurf. Der Ministerpräsident Ver-
naert entwickelte in längerer Rede die Vor-
geschichte der Frage. Er erklärte alle vorgeschla-
nen Systeme der Revision abzulehnen und sprach
sich für das englische System aus, welches das
Wahlrecht von der Erhebung eines Wohnge-
bäudes oder eines Theiles eines Wohngebäudes
abhängig mache. Der Minister bekämpfte lebhaft
die Ideen der Revisionäre, für welche das all-
gemeine Stimmrecht ein Mittel zur Realisirung
eines frankhaften Programms sei.

Brüssel, 29. April. (W. T. Z.) Depu-
tirtenkammer. Im Fortgange der Sitzung er-
klärte der Ministerpräsident Ver-naert, er sei ge-
neigt, bei den Wahlen für den Senat die Aus-
übung des Wahlrechts solchen Wählern zuzuge-
stehen, welche das 40. Lebensjahr zurückgelegt
hätten. Die für die Wahl zum Senator erfor-
derliche Stimmgrenze werde herabgesetzt wer-
den. Was das königliche Referendum betreffe, so
habe man weniger etwaige Ueberriffe der könig-
lichen Gewalt als solche von Seiten des Parla-
ments zu befürchten.

Brüssel, 26. April. (W. T. Z.) Im
Hinblick auf etwaige Arbeiterunruhen am
1. Mai sind die Militärklassen der Jahrgänge 1887
und 1888 für die Infanterie-Regimenter und des
Jahrgangs 1888 für die Grenadier- und Kara-
binier-Regimenter heute einberufen worden.

Frankreich.

Der Dynamitfabrik der Pariser Anar-
chisten schreitet von Erfolg zu Erfolg. Ravachols
Freiwilligen haben, weit entfernt, in leichten
Klassen des französischen Volkes den schweren
Ermst des Augenblicks zu Gemüthe zu führen,
nur zu einer den Verbrecher gleichsam glorifi-
zirenden Tagesreportage geführt, die von dem auf-
pikanten Journalismus verjessenen Publikum mit
Gier verschlungen wurde, während andererseits
der althergebrachte, der mit dem mittelbaren Ur-
heber von Ravachols Verhaftung, dem Kellner
L'Herot, getrieben wurde, zeigte, wie absolut un-
fähig die öffentliche Meinung des republikanischen
Frankreich ist, aus den Mahnungen der Ereignisse
die allein angemessenen Lehren zu ziehen. Ge-
wann doch in letzter Zeit das von den Sozial-
demokraten aus guten Gründen aufgebrachte
Märchen zusehends an Boden, daß Ravachol ein
von der Polizei — zu welchem Zwecke, mögen
die Götter wissen — befohlener Vespertiger sei.
Wahrscheinlich, nein sogar gewiß werden jetzt auch
der oder die Urheber des neuesten Sprengatten-
tates gegen die Kneipe, in der Ravachol festge-
nommen, als Vespertiger der bösen Menge vorgestellt
und von ihr auch dummgelächelt als solche hingen-
ommen werden. Damit aber wird die That-
sache nicht aus der Welt geschafft, daß sich in
Paris eine satirische Verschwörungsgesellschaft
etabliert hat, welche in Befolgung einer wahrhaft
teufelischen Praxis über die Metropole Frankreichs
einen Zustand heraufzubekommen sich beflissen
zeigt, wo keiner seines Lebens sicher ist, wo jeder
misstrauisch beobachtet, wo der andere nicht etwa
im nächsten Augenblick eine Dynamitpatrone her-
vorzieht; wo aus dem öffentlichen Verkehr der
Abdruck einer permanenten Katastrophenfurcht
lästet, wo Richter, Staatsanwälte, Geschworene,
Sicherheitsbeamte, kurz alle, die von Berufs-
wegen mit Anarchistenprojekten zu thun haben
oder auch nur zu thun haben könnten, seitens des
Publikums aus Armeslänge fern gehalten werden,
aus Sorge, man könne unversehens das unbethei-
ligte Opfer eines anarchistischen Racheaktes
werden. In Anbetracht des Umstandes, daß der
1. Mai nicht vor der Thür steht, und daß noch
so manches Kilogramm gestohlenen Dynamits sei-
ner „programmgemäßen“ Verwendung harret, er-
scheint es nur zu begreiflich, wenn Regierung
und leitende Klassen der französischen Republik
alle Mäße haben, eine äußerlich gefasste Miene
zu zeigen. Rücksichtslos Einschnitten gegen
etwas sich am 1. Mai bemerklich machende
autoritätsfeindliche Tendenzen würde von der
öffentlichen Meinung als eine erschöpfende That be-
trachtet werden und die in immer weiteren Krei-
sen Raum gewinnende Befürchtung zerstreuen
helfen, als ob die Exekutive im Kampfe gegen
den Anarchismus ihrer Aufgabe nicht gewach-
sen sei.

Paris, 26. April. (W. T. Z.) Prozeß
gegen Ravachol und Genossen. Generalprokurator
Luebnay der Baureparatur verlangte in seinem
Plädoyer das Schuldig gegen alle Angeklagte,
welche gewöhnliche Mörder nach dem gemeinen
Recht seien, er beantragte gegen Ravachol und
Simon die Todesstrafe, für die Uebrigen die Zu-
lassung mildernder Umstände. Hierauf wurde
die Sitzung vertagt. Um 9 Uhr wurde die
Sitzung wieder aufgenommen. Der Advokat La-
gasse, der Verteidiger Ravachols, stützte seine
Ausführungen auf die Behauptung, daß es sich
bei den Thaten Ravachols um politische Vergehen
handele, und griff die Polizei von Revallots-Verret
an, welche die Anarchisten auf das schwerste ge-
mißhandelt habe.

Paris, 26. April. Die Panik wächst im
Publikum. Sogar die rabiaten Blätter ver-
langen die Verhängung des Belagerungszustandes
und Verurteilung des Parlaments. Der „Temps“
und die „Liberte“ ermahnen zur Ruhe. Die
Fremden verlassen massenhaft Paris. — Ravachols
Führung vor Gericht erscheint maßlos. — Er nimmt
alle Schuld für die Explosionen auf sich und
sucht seine Mitangeklagten zu entlasten. Er be-
dauert sogar die unschuldigen Opfer. Der
Sprengstoff!

Paris, 26. April. (W. T. Z.) Der
Afrikanische Duceyrier hat sich heute das Leben
genommen.

Saint-Etienne, 26. April. (W. T. Z.) In
einem Wasserabfluß wurden heute hieselbst
mehrere Patronen gefunden. In der Stadt
herrscht darüber lebhaftest Unruhe.

Italien.

Bivorno, 26. April. (W. T. Z.) Heute
Nachmittag epplodirte im Vestibul des Schweizer
Konfats eine mit Pulver gefüllte, aus Papier
hergestellte Patrone, ohne Schaden zu nehmen.

Großbritannien und Irland.

London, 26. April. (W. T. Z.) Unter-
haus. Der Generalpostmeister J. Ferguson
acceptirte namens der Regierung den Antrag des
Mitgliedes des Unterhauses Birch betreffend
die Verstellung telephonischer und telegraphischer
Verbindungen zwischen den Nacht- und Signal-
stationen an der Küste behufs besserer Verhütung

des Verlustes an Menschenleben und Eigentum
bei den in Noth befindlichen oder von Unfällen
betroffenen Schiffen. Die Regierung habe bereits
viele in dieser Hinsicht gethan und beabsichtige
auch die Leuchtschiffe und Leuchttürme mit dem
feststehende telephonisch und telephonisch zu ver-
binden. Der Antrag wurde hierauf einstimmig
angenommen.

Newcastle, 26. April. (W. T. Z.) Der
Ausland der bei den Schiffswerften am Tyne-
Fänge beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist
beendet. Die Arbeiter haben die Bedingungen
der Arbeitgeber angenommen. Der durch den
15tägigen Ausfall verursachte Schaden wird
auf eine halbe Million Pfund geschätzt.

Rußland.

Petersburg, 26. April. (W. T. Z.) Die
„Moskowskaja Wiedomosti“ bringen heute einen
ausführlichen Artikel für die Aufhebung der Aus-
fuhrverbote; eine längere Aufrechterhaltung der-
selben bedeute eine schwere Schädigung für die
Landwirthe und Exporteure. Der baltische Hafen
und der Waiz Südrusslands ließen sich nicht länger
zurückhalten.

Montenegro.

Cattaro, 26. April. (W. T. Z.) In der
vergangenen Nacht wurden in Cattaro und in
der Umgegend desselben zwei Erdbenen und zwar
das erste um 2 Uhr 45 Min. und das zweite um
3 Uhr 22 Min. verpörrt. Die erste Erdbewöl-
kung wurde, obwohl ziemlich stark, gleichwohl
weniger empfunden als die zweite.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 27. April. Heute Vormittag rückte
die Feuerwehr nach dem Hause Marktstr. 1
aus, wo in einer 3 Treppen hoch gelegenen
Wohnung Stroh in Brand gerathen war. Bei
Ankunft der Feuerwehr war der Brand jedoch schon
geslocht.

* Schwurgericht. In der heutigen
Sitzung hatte sich der Arbeiter Wilhelm Fischer
aus Köpzig wegen Meineides zu verantworten.
Der Vater des Angeklagten kam am 2. August
v. Js. auf einem Schiffe in Köpzig mit dem
Arbeiter Niemi in Streit, wobei jener von
letzterem mit einem Spaten geschlagen wurde.
Wilhelm W. kam dazwischen und schlug dann
mit einer Weidenruthe auf R. ein. Dieser kam
auf die Anklagebank und wurde am 5. Februar
v. Js. vor der Strafkammer hieselbst wegen
Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis ver-
urtheilt. In diesem Termin war der heutige
Angeklagte auch als Zeuge; hier befohr er, er
habe überhaupt keine Weide in der Hand gehabt,
er könne also nicht mit einer solchen geschlagen
haben. Nach seiner Vernehmung trat noch ein
Ehepaar als Zeuge auf, welches bekundete, daß
Wilb. W. wohl einen Stock in der Hand gehabt,
auch damit geschlagen habe. Nummer ver-
besserte nicht seine Aussage und behauptete, er
habe nicht mehr daran gedacht, daß er eine Ruthe
gehabt habe. Dieses führte ihn auf die Anklage-
bank des Schwurgerichts. Die Geschworenen
nahmen fahrlässigen Falschheid an und wurde
Wilhelm demgemäß zu 6 Monaten Gefängnis ver-
urtheilt; 2 Monate wurden ihm Untersuchung
angerechnet.

Am Freitag ist Termin angesetzt gegen die
Wäscherin Ulrike Sarnow, geb. Wollgram
aus Kammin in Pomm., und den Schuhmacher
und Versicherungsagenten August Moritz aus
demselben Orte wegen Brandstiftung und Betrugs.
Am Montag wird verhandelt gegen den Banier
Albert Junglaus von hier wegen betrügerischen
Bankrotts.

— Vor einigen Tagen wurde hieselbst in der
Ober eine schon stark in Verwesung übergegangene
weibliche Leiche aufgefunden; dieselbe ist
als die der 21jährigen Tochter eines Altallien-
länders in Stargard rekonnostrirt worden. Das
Mädchen hatte sich im Oktober v. J. aus Stargard
entfernt und waren alle Nachforschungen nach ihr
vergeblich gewesen.

* In der Zeit vom 17. April bis zum
23. April d. Js. sind hieselbst 24 männ-
liche und 20 weibliche, in Summa 44 Per-
sonen polizeilich als verstorben gemeldet,
darunter 4 Kinder unter 5 und 11 Personen
über 50 Jahren. Von den Kindern starben 4 an
Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und
Lungen, 3 an Gehirnkrankheiten, 3 an Abzehrung,
3 an Diphtherie, 2 an Lebensschwäche bald
nach der Geburt, 2 an Durchfall und Brech-
durchfall, 1 an Schwindel. Von den Erwach-
senen starben 6 an Schwindel, 4 an Krebs-
krankheiten, 3 an Entzündung des Brustfells,
der Luftröhre und Lungen, 3 an Gehirnkrankheiten,
2 an anderen entzündlichen Krankheiten, 2 an
anderen chronischen Krankheiten, 1 an Diphtherie,
1 an Altersschwäche, 1 in Folge von Un-
glücksfall.

— Herrn Generalarzt 1. Klasse Dr. Abel
mit dem Range als Generalmajor des zweiten
Armeekorps ist der von ihm nachgelegte Abschied
mit Pension und seiner bisherigen Uniform be-
willigt. An seine Stelle ist Dr. Gröndler,
Ober-Tabakarzt 1. Kl. und Regimentsarzt vom
Kaiser-Regt. Karst Nikolaus I. von Russland
(Brandenburg). Nr. 6, zum Generalarzt 2. Klasse
und Korpsarzt des zweiten Armeekorps befördert.

— Seitdem aller Orten sich starke Männer
zu Athleten-Klubs vereinigen, haben Aug-
kämpfe ihre frühere Anziehungskraft verloren,
denn in allen diesen Klubs giebt man sich in den
Übungsstunden im Schweiße des Angesichts
Mühe, den Gegner sowohl auf „römisch-griechi-
sche“, wie auch auf pommerische Weise oder auch
im Gürtelkampf regelrecht zu werfen und ein
erhöhtes Interesse gewinnt ein öffentlicher Ring-
kampf nur noch, wenn dazu irgend ein Champion-
Ringer herausfordert. Gelegentlich des Auftretens
des Athleten Abs hatten die Stettiner Gelegen-
heit, eine ganze Anzahl solcher Champion-Ringer
der verschiedensten Nationen hier zu sehen und
noch in letzter Zeit trat in den Zentralhallen der
vielfach preisgekrönte Ringer Dr. Bagola auf,
um mit den starken Männern unserer Stadt seine
Kraft zu messen. Auf die Aufforderung des Dr.
Bagola hatte sich auch der zur Zeit hier weilende
bekannte Stettiner Athlet Herr Emil Vogt gemel-
det und für gestern Abend war der Ringkampf
zwischen den beiden Berufsathleten angesetzt und
dies hatte zur Folge, daß die großen Räume
der Zentralhallen bis zum letzten Platz gefüllt
waren. Der Ringkampf, welcher den Schluß der

